

Ergänzungsantrag zur Beschlußempfehlung des Innenausschusses  
zur Drucksache 78

---

Die Fraktion CDU/DA beantragt Rücküberstellung der Drucksache 78 an den Innenausschuß mit folgender Maßgabe:

Das Anliegen des Gesetzentwurfs in Drucksache 78 ist in einem Beschluß zu formulieren, der dem gegenwärtigen Handlungsbedarf entspricht und folgenden Inhalt haben soll:

Nachfolgend genannten Leitern im öffentlichen Dienst und der Volkspolizei ist mit Wirkung zum 30. 9. 1990 bis 1. 9. 1990 das Arbeitsrechtsverhältnis zu kündigen

- den Leitern der Arbeitsämter und den Leitern der Nebenstellen der Arbeitsämter
- den Leitern der Finanzämter in den Landräten
- den Amtsleitern der Volkspolizei in den Kreisen.

Diese Stellen sind auszuschreiben und per 1. 10. 90 im Ergebnis dieser Ausschreibung neu zu besetzen.

Begründung:

Eine Neubesetzung der Finanz- und Arbeitsämter ist auf Beschluß der Modrow-Regierung unter der Regie der Räte der Bezirke erfolgt. Zum überwiegenden Teil wurden diese Stellen durch bewährte Genossen besetzt. Damit wurden bereits vor Durchführung der Kommunalwahlen Tatsachen geschaffen.

Es besteht wohl kein Zweifel über die Bedeutung der Arbeitsämter in der gegenwärtigen Zeit.

Es ist Arbeitnehmern, die wegen ihrer Aktivitäten für die Wende, wegen ihres Eintretens für die Bildung von Betriebsräten oder wegen ihres Votums gegen den Fortbestand der Herrschaft des alten SED-Regimes in den Betrieben auf die Straße gesetzt wurden, nicht zuzumuten, nun auch in den Arbeitsämtern stadt- und kreisbekannte Mitglieder von SED-Kreisleitungen, ehemalige Kaderchefs

oder andere bewährte Genossen als Leiter vorzufinden. Es ist auch zu bedenken, daß der Leiter eines Arbeitsamts maßgeblichen Einfluß auf die Besetzung sämtlicher Stellen des Amts hat, und sich hier erneut Verhältnisse aufbauen können, die wir im Interesse unserer Menschen nicht zulassen dürfen.

Die Finanzämter als Schlüsselstellen der Staatsverwaltung sind in ihrer Bedeutung wohl unumstritten. Diese sensiblen Verwaltungsstellen erfordern Leiter von hoher Verantwortlichkeit und zweifelsfreier demokratischer Loyalität.

Die Frage der Neubesetzung der Amtsleiter der Volkspolizei ist eine Frage der Demokratie.

Es kann nicht sein, daß jene Amtsleiter, die jahrzehntelang zur treuen Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit bereit und verpflichtet waren, die die Zuführungen und Verhaftungen vor und während der Wende veranlaßt haben, jetzt noch als oberste Polizeichefs in den Kreisen eines neuen demokratischen Rechtsstaats im Amt verbleiben.